Abendausgabe

Nr. 79 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 39

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
16. Februar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Offener Brief an Marx.

Von einem deutschen Landarbeiter.

Ein gemaßregelter Landarbeiter aus dem Kreise Königsberg (Neumark) hat an den Reichskanzler Marx einen seines Inhalts wegen besonders lesenswerten Brief geschrieben. Damit der Reichskanzler es auch wirklich zu Gesicht bekommt, geben wir das Schreiben hier in seinem Wortlaut wieder:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Wie ich durch die Zeitungen erfahren habe, ist der Besitzer von Hohen-Lübbichow und frühere Landrat des Kreises Königsberg (Neumark), Herr v. Keudell, Mitglied der jetzigen Regierung. Auch habe ich erfahren, daß Sie, Herr Reichskanzler, Herrn v. Keudell gegen die Kritik republikanischer Parteien in Schutz genommen haben.

Herr Reichskanzler, dies hat mich schwer enttäuscht, und zwar 1., weil ich bei der Wahl des Reichspräsidenten am 26. April 1925 von meinem damaligen Arbeitgeber Herrn v. d. Osten in Warnitz **aus der Arbeit entlassen wurde, weil ich bei der Wahl meine Stimme für Sie, Herr Reichskanzler, abgegeben hatte,** und 2., weil ich weiß, daß Herr v. Keudell und Herr v. d. Osten politische Freunde und Gegner der deutschen Republik sind.

Durch meine Stimmabgabe für Sie, Herr Reichskanzler, habe ich mit meiner Familie, bestehend aus 9 Kindern, große Not leiden müssen. Ich mußte sofort meine Kuh abschaffen, weil ich für diese kein Futter mehr erhielt. Herr v. d. Osten sagte sogar damals zu mir, ich solle mir von Ihnen, Herr Reichskanzler, eine Kuh geben lassen! Von dieser Kuhhaltung hing aber die Existenz meiner Familie stark ab. Die Abschaffung war für mich eine besondere Härte. Auch war ich längere Zeit arbeitslos, ohne eine Unterstützung zu erhalten. In die Zeit der Erwerbslosigkeit fiel auch das Weihnachtsfest 1925. Für meine Kinder war es kein Fest der Liebe, und nur die Hilfsbereitschaft meiner Gesinnungsfreunde, welche selbst arm sind, und der Wille, unserem Vaterlande, der deutschen Republik zu dienen, hat uns die Kraft gegeben, diese schwere Zeit zu überwinden. Vor einer sonst üblichen Wohnungsräumung wurde ich nur dadurch geschützt, daß ich die Wohnung meines alten Vaters benutzen konnte.

Viele Republikaner, besonders aber Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, mußten damals mit ihren Familien derartige Brutalitäten durch die Parteifreunde des Herrn v. Keudell erdulden, weil Sie, Herr Reichskanzler, zum obersten Beamten der deutschen Republik ausersehen waren.

Sorgen Sie nun dafür, Herr Reichskanzler, daß die Parteifreunde des jetzigen Innenministers, des Herrn v. Keudell, in Zukunft derartige Roheiten gegen Republikaner unterlassen und sich in der deutschen Republik wie anständige Menschen betragen.

Hochachtungsvoll
gez. Ernst Grasse, Arbeiter.

Was denkt der Reichskanzler jetzt über den Fall Keudell-Osten? Er hat den Boykott dieser Kaste gegen den Jungdeutschen Tresckow gedeckt. Will er auch den wirtschaftlichen Boykott der Junker gegen die Arbeiter decken, die um ihrer Stimmabgabe für ihn selbst in Not und Hunger getrieben wurden? Wir erwarten auf den offenen Brief eine offene Antwort!

Landesverratshetze auch in England.

Ein Minister droht mit „An-die-Wand-stellen".

London, 16. Februar. (WTB.) Der Generalstaatsanwalt Sir Douglas Hogg sagte gestern abend in einer Rede über China, Rußland und die industrielle Gesetzgebung, Macdonald habe bewiesen, daß er nur ein Werkzeug der Extremisten sei. Der Generalpostmeister Thomson kam in einer Rede auf die Erklärungen sozialistischer Führer zu sprechen, die gesagt hätten, daß sie, wenn es zum Kriege käme, ihr Bestes tun würden, um die Zusammenziehung britischer Truppen zu verhindern; **Thomson bemerkte dazu, wenn sie das täten, dann würden sie an die Mauer gestellt und erschossen werden. Es sei gut, daß sie das von vornherein wüßten.**

Die französische Antwort an Coolidge.

Unzweideutige Ablehnung.

Paris, 16. Februar. (WTB.) Die französische Antwortnote auf das amerikanische Memorandum über die Flottenabrüstung ist gestern abend veröffentlicht worden. Sie erinnert zunächst daran, daß Frankreich unaufhörlich Beweise seines entschlossenen Friedenswillens gegeben habe. Frankreich wisse also mehr als irgendeine andere Macht die edle Initiative der amerikanischen Regierung zu schätzen und wäre glücklich, wenn sie den amerikanischen Vorschlägen vorbehaltlos beitreten könnte. Sie fürchte aber, daß dadurch der Erfolg des in Genf begonnenen Werkes gefährdet werden könne. Die Fünferkonferenz von Washington im Jahre 1921 über die „Haupteinheiten" sei berechtigt gewesen, da die auf der Konferenz vertretenen Mächte allein über Schiffe dieser Kategorie verfügt hätten. Aber heute seien die Verhältnisse anders, da der Völkerbund ein Abkommen über die Fabrikation und den Handel von Waffen ausarbeite und eine allgemeine Rüstungsbeschränkungskonferenz in Vorbereitung sei. Zweifellos denke Amerika nicht daran, sich von diesem Werke zurückzuziehen, aber sein Vorschlag würde die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes ihrer Aufgabe entheben und eine Sonderkonferenz der Weltmächte bedeuten, deren Beschlüsse später von den übrigen Mächten angenommen werden müßten. Das würde die Autorität des Völkerbundes schwächen und den Grundsatz der Gleichheit sämtlicher Staaten, an dem Frankreich entschlossen festhalte, schädigen. Außerdem besäßen sämtliche Staaten leichte Kriegsschiffe, über die jetzt verhandelt werden solle, so daß sämtliche Nationen an den Verhandlungen teilnehmen müßten. Frankreich komme es allein darauf an, seine Küsten zu verteidigen und seine Seeverbindungen zu sichern. Frankreich habe in Genf zwei Grundsätze vertreten: 1. daß die Abrüstung nur Erfolg haben könne, wenn man jeder Macht eine Gesamttonnenzahl zubilligte und 2. daß Frankreich vollkommen ohne Bindung hinsichtlich der Verteilung der Tonnenzahl bleiben müsse. Andererseits müßten die Fragen der Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft verbunden werden. Der amerikanische Vorschlag schließe diese Grundsätze aus. Deshalb würde die französische Regierung, wenn sie ihm beitrete, sich selbst widersprechen und ihre Grundsätze öffentlich dementieren müssen. Das Beispiel der Konferenz von Rom im Jahre 1924 gestatte nicht die Hoffnung, daß das gewünschte Resultat erreicht werde. Denn die nicht vertretenen Mächte würden nicht Grundsätze annehmen, welche ohne sie beschlossen worden seien. Entgegen dem Plan der amerikanischen Regierung sei die französische Regierung bei dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes der Ansicht, daß diese unter der Bedingung, daß sämtliche in ihr vertretenen Nationen, wie Frankreich selbst, den festen Willen zu einem Abschluß zu kommen, hegten, in der nächsten Session Beschlüsse fassen könne, die geeignet seien, mit ernsten Aussichten auf Erfolg die allgemeine Abrüstungskonferenz herbeizuführen. Die französische Regierung sei daher der Ansicht, daß von dieser vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes der amerikanische Vorschlag geprüft werden könne.

Deutsch-französisches Handelsprovisorium.

Weitere Verlängerung um drei Monate.

Heute mittag dürfte in Paris von Briand und Hoesch ein Abkommen unterzeichnet worden sein, wodurch das deutsch-französische Handelsabkommen um drei Monate verlängert wird. Die Franzosen hatten nur eine Verlängerung um sechs Wochen gewünscht und angekündigt, daß sie für die Zeit nachher ein deutsches Entgegenkommen für die französische Weinausfuhr nach Deutschland haben wollten. Auf eine so kurze Verlängerung sind die deutschen Unterhändler nicht eingegangen, weil sie es für ausgeschlossen hielten, daß in einer so kurzen Zeit der endgültige Handelsvertrag vereinbart werden könnte, also immer weitere Verlängerungen notwendig sein würden. Man hat sich nun dahin geeinigt, um drei Monate zu verlängern, wobei Frankreich sich das Recht vorbehalten hat, am 21. März zum 31. März von der Verlängerung zurückzutreten, wenn Wünsche, die es vorbringen werde, bis dahin nicht erfüllt werden. Diese Wünsche gehen dahin, daß die Weineinfuhr aus Frankreich derjenigen aus Italien und Spanien zolltariflich gleichgestellt werde.

Deutschland hat wiederholt erklärt, daß es zu dieser Gleichstellung bereit sei, wenn Frankreich die deutsche Einfuhr an Industrieprodukten der englischen und amerikanischen zolltariflich gleichstelle. Dazu ist aber Frankreich bisher nicht geneigt gewesen, obwohl — nach deutscher Meinung — das Zugeständnis gleicher Bedingungen für deutsche Einfuhr keineswegs eine besondere Gefährdung der englischen und amerikanischen Einfuhr bedeute, so daß der französische Weinbau die Kosten der Bevorzugung der englischen und amerikanischen vor der deutschen Industrie zahlen müsse.

Der französische Zolltarif liegt noch nicht vor, erst wenn das der Fall ist, können die Verhandlungen über den endgültigen Handelsvertrag beginnen.

Desertierte Sowjetflieger.

Bloße Defraudanten oder auch Enthüller?

Kürzlich landeten bei der aus dem Weltkrieg bekannten Stadt Luck in Wolhynien, die jetzt zu Polen gehört, zwei russische Fliegeroffiziere mit einem russischen Militärflugzeug. Die polnische Presse behauptet, daß die beiden Russen angegeben hätten, daß fast alle russischen Militärflugzeuge von Deutschland geliefert worden seien. Offiziere des deutschen Flugwesens leiteten unter falschem Namen die Fliegerschule der Sowjets sowie eine große Fabrik von Giftgasen in Scharkow, wo große Mengen solcher Giftgase aufgestapelt seien.

Von anderer Seite wird erklärt, die beiden russischen Offiziere seien wegen Defraudation desertiert und diesen Umstand hätten die Polen benutzt, um alle möglichen Erzählungen aus ihnen herauszupressen.

Das Schicksal unserer Schulen.

Die Schulpolitik der Sozialdemokratie.

Von Heinrich Deiters.

Die Mannheimer Tagung, zu der die südwestdeutschen Gruppen der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen" am 30. Januar versammelt waren, hat in doppelter Beziehung eine Klärung über die Schulpolitik der Partei gebracht und verdient deshalb besondere Beachtung.

Die Sozialdemokratie ist seit dem Erfurter Programm in Deutschland die Partei der weltlichen Schule. Die Revolution schien Gelegenheit zur Verwirklichung dieser Forderung zu geben, aber schon in der Nationalversammlung hatte sich die Lage der Partei so verschlechtert, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Schulverfassung von der einheitlichen, weltlichen Schule unseres Programms weit abwich. Seitdem hat sich die schulpolitische Lage in Deutschland unter dem maßgebenden Einfluß des Zentrums weiter nach rückwärts entwickelt, und heute scheint die konfessionelle Zerspaltung unserer Volksschule vollends unüberwindbar geworden zu sein. Selbst die Konfessionalisierung der höheren Schule ist heute eine ernste Gefahr geworden.

Unter diesen Verhältnissen ist die kräftige Entwicklung der „weltlichen" Schulen in Westfalen und am Niederrhein, sowie in Berlin und Mitteldeutschland, die rechtlich nur Sammelschulen der vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder sind, mit Freuden zu begrüßen. Sie stellen schon heute eine Tatsache dar, mit der die kommende Gesetzgebung im Reich und in Preußen rechnen muß, und abgesehen von dieser schulpolitischen Bedeutung schaffen sie als Lebensgemeinschaftsschulen pädagogisch eine neue Schulreform, der die Zukunft gehört. Aber sie bringen auch die Gefahr einer weiteren Zerreißung unserer Volksschule mit sich und bedrohen die schulpolitischen und pädagogischen Anstrengungen des Sozialismus mit Absperrung von der Gesamtheit unseres Schulwesens.

Mit diesen Gefahren beschäftigte sich die Mannheimer Tagung vornehmlich. Es war deshalb ein eindrucksvoller Augenblick, eindrucksvoll besonders für den, der jene Sorgen lebhaft fühlt, als einer der ruhigsten und erfolgreichsten Vorkämpfer der weltlichen Schule in ihrer Gegenwartsform, Genosse Löwenstein, betonte, daß diese sich durchaus als allgemeine, umfassende Schulform betrachte. Demnach will also die weltliche Schule auch in der gegenwärtigen Lage vermeiden, sich zu einer Weltanschauungsschule zu verengen und damit der Versteifung des Konfessionalismus unbeabsichtigte Hilfe zu leihen. Aber daß hier eine Gefahr besteht, konnte nicht bestritten werden. Die politische Verantwortung für eine weitere Zerreißung unseres Schulwesens trifft ganz allein unsere Gegner, aber die Folgen dieser Entwicklung fallen auch auf uns.

Demgegenüber haben die Vertreter der südwestdeutschen Länder Nassau, Freistaat Hessen, Baden und Rheinpfalz auf der Mannheimer Tagung mit Nachdruck den Wert ihrer eingelebten und bewährten Simultanschule betont. Sie stellt heute diejenige Schulform dar, in der sich der Charakter der allgemeinen Volksschule als einer Veranstaltung des Staates am reinsten ausgeprägt hat und die Ansprüche der Konfessionen die klarste Beschränkung erfahren haben. Indem sie andererseits den überlieferten Forderungen an einen konfessionellen Religionsunterricht entgegenkommt, zeigt sie dem Realpolitiker den Weg, auf dem eine Ueberwindung der konfessionellen Gegensätze in der Schule erfolgreich unternommen werden kann. Dabei wird nicht verkannt, daß ihr Charakter heute umstritten ist und besonders Teile der demokratischen Partei ihr den Stempel einer christlichen Schule aufprägen möchten. Demgegenüber fordert die Sozialdemokratie von der Simultanschule die ehrliche Gleichberechtigung aller Konfessionen und Weltanschauungen für die Schüler und vor allem auch für die Lehrer. Wird auf diese Weise ihr ursprünglicher Charakter erhalten oder, wo es nötig ist, erst voll herausgearbeitet, so wird sie eine Vorstufe des Aufstiegs zur vollen Weltlichkeit der Schule.

Wichtiger noch als diese Entscheidung für eine beweglichere Taktik in den schulpolitischen Kämpfen der Partei war das grundsätzliche Bekenntnis der Tagung zu einer staatspolitischen und sachlichen Schulpolitik. Die Sozialdemokratie ist die entschlossenste und klarste Vorkämpferin des Volksstaates; sie weiß dabei sehr wohl zwischen der Republik in ihrem gegenwärtigen Zustande und ihrem wahren Inhalt zu unterscheiden, aber sie bedient sich auch heute schon der demokratischen Formen und kämpft für den Bestand des Staates. Demnach ist auch ihre Schule nicht das Werkzeug irgendeiner weltanschaulichen Gemeinschaft, sondern ein Organ der einen und unteilbaren deutschen Republik. Sie ist aber auch die Schule, in der sich, befreit von allen Bindungen an Mächte außerhalb der Schule, die Kräfte einer autonom gewordenen Pädagogik am stärksten entfalten können. Der Sozialismus ist seinem Willen nach die Zusammenfassung aller gesellschaftlichen Kräfte, die den gegenwärtigen Zustand durch eine höhere Form des gesellschaftlichen Lebens überwinden wollen. Er dient deshalb überall seinen eigenen Zielen am besten, wo er den sachlichen Forderungen eines Lebensgebietes dient. Die Sozialdemokratie wird in dem Maße zur Führerin im Schulkampfe werden und die Massen um sich sammeln, wie sie für **die beste Schule kämpft und für nichts außerdem.**

Ostelbische Atmosphäre.

Der Schauplatz von Keudells Heldentaten. — Zur Belehrung des Reichskanzlers.

Herr Marx hat den Boykott verteidigt, den die Junker in der Neumark unter aktiver Mitwirkung des Herrn von Keudell über den Herrn von Tresckow verhängt haben. Es ist notwendig, einen Blick in die Atmosphäre zu werfen, der dieser Boykott erwachsen ist. Unser Landsberger Parteiblatt schreibt über die Zustände im Kreise Königsberg, Neum.:

„Der Republikaner der Großstadt lebt frei: Er kann seiner Gesinnung öffentlich Ausdruck verleihen, er kann ungefährdet ein sozialistisches, pazifistisches oder gar kommunistisches Blatt lesen; niemand nimmt davon Notiz! — In der Neumark, in dem Lande, wo Herr v. Keudell seinen Kampf gegen den Volksstaat führte, ist das anders. **Das dünnbesiedelte Land ist zum großen Teile Besitz der Junker.** In den Flecken und Städten, mit Ausnahme von Landsberg, das einen starken industriellen Einschlag hat, herrscht der Kriegerverein. **Junker und Kriegervereine haben als mächtigen Verbündeten den Beamten.** Alle drei Faktoren sind aufeinander angewiesen und bemüht, den jetzigen Zustand, ihre gemeinsame Herrschaft, zu erhalten. Mit einer Rücksichtslosigkeit, die nur dem herrischen Bewohner Ostdriens eigen ist, gehen sie gegen jede Erscheinung vor, die sie für gefährlich halten. Ein etwas intelligent erscheinender Mensch, der sich den Trink- und Spielgelagen der Herrschenden nicht anschließt, ist immer „verdächtig", auch wenn er ihrer Klasse angehört.

Boykott und Feme sind in Ostdrien gleichbedeutend. Die Feme verbreitet durch Mundpropaganda:

„Seht euch vor, der Mann ist rot!"

Nichts kann diesen Ahnungslosen von diesem Verdacht befreien. Selbst ein Kotau vor den Mächtigen hilft ihm nichts, der Verdacht, es mal gewesen zu sein, bleibt an ihm haften.

Auch der Verkehr mit einem Verfemten wird gefährlich. Könnte dieser Mensch nicht auch „rot" sein? — Der Vorwurf, ein Pazifist, also ein Landesverräter zu sein, wird in der Neumark eigentlich nie erhoben. Dazu sind die Leute zu primitiv. Aber der Begriff „Rot" ist ihnen seit den Tagen des Sozialistengesetzes geläufig: er wirkt immer. . .

Der Boykott (Feme) zieht natürlich nicht nur eine gesellschaftliche, sondern vor allem eine wirtschaftliche Schranke zwischen den Verfemten und der Umwelt.

Herr v. Tresckow, Komtur des Jungdeutschen Ordens, ist das Opfer. Er hat am eigenen Leibe und an eigener Seele verspürt, was es heißt, verfemt, ein „Roter" zu sein. Der letzte Schlag gegen ihn, **den man nur in langer, zäher Arbeit wirtschaftlich ruinieren kann und wird,** war die am 31. Januar 1927 erfolgte Achterklärung."

Das ist die Atmosphäre! Tresckow selbst zeigte in öffentlichen Darlegungen, wie der Boykottapparat funktioniert. Er nannte klar und eindeutig als politische Führer der Junker des Kreises Herrn von Keudell und Herrn von der Osten-Warnitz. Er erkläre eindeutig, daß beide Herren nicht vermittelt, sondern ihm mit der Boykottdrohung den Austritt aus dem Jungdeutschen Orden abzupressen suchten. Beide Herren!

Herr von der Osten-Warnitz ist deutschnationaler Landtagsabgeordneter. Er war bis zum Jahre 1916 Landrat im Kreise Königsberg, Neum. Königlicher Landrat. Herr von Keudell ist sein unmittelbarer Nachfolger im Landratsamt. Junker und Beamter zugleich.

Herr Marx aber, der Republikaner, der Reichskanzler einer demokratischen Republik, hat sich zum Sprachrohr dieser Leute gegen von Tresckow gemacht. Er stellt sich schützend vor ihr Treiben.

Gegen eine frühere Rheinlandräumung entfalten die französischen Rechtskreise unter Führung des „Echo de Paris" eine lebhafte Propaganda. Am Mittwoch abend fand in einem der größten Pariser Säle eine Massenversammlung statt, in der bekannte Nationalisten und Generäle a. D. sich heftig gegen jede vorzeitige Räumung wandten.

Wie sage ich's meinem Kinde?

Der deutschnationale Umfall in der Frage der Ostfestungen

Es ist nicht ohne Reiz zu beobachten, wie die deutschnationale Demagogie immer wieder nach Mitteln suchen muß, um ihren Anhängern den Umfall von der verständigungsfeindlichen Hetze zur positiven Mitarbeit in der Außenpolitik klarzumachen. So schreibt jetzt die Hugenbergsche Provinzialkorrespondenz, die sonst jede Reibung in der Frage der Festungen ihrer nationalistischen Propaganda dienstbar gemacht hat, mit naiver Geste:

> Inzwischen ist nun auch das Abkommen über die Ostfestungen veröffentlicht worden. Hat es schließlich noch allzu große Bedeutung, ob wir einige zwanzig Unterstände mehr oder weniger haben? Erstens sind sie, wenn's not ist, leicht wieder gebaut, und zweitens können wir hinter dem festgelegten Festungsgürtel, der Deutschland zugestanden worden ist, bauen und schanzen, soviel wir Lust haben.

Wenn von links jemand früher so geschrieben hätte, dann wäre er bestimmt von den nämlichen Hugenbergern des Landesverrats, des Dienstes am „Feindbund" und ähnlicher Dinge bezichtigt worden. Aber jetzt? — Die Deutschnationalen haben ihre Minister, diese stimmen dem Abkommen zu, und alles ist in schönster Ordnung.

Denn wenn Gott den Deutschnationalen ein Amt gibt, dann gibt er ihren Presseagenten auch den notwendigen Verstand. Es wird aber auch deutschnationale Leser geben, denen eine solche geistige Erleuchtung merkwürdig vorkommt.

Deutschnationale und Separatisten.

Evangelische Volkspartei auf dem Boden des Föderalismus

Während der Tagung der deutschen Föderalisten, die in Kassel stattfand, teilte der Reichstagsabgeordnete Alpers mit, daß geplant sei, unter dem Namen „Evangelische Volkspartei" eine neue politische Partei zu gründen. Diese neue Partei soll sich auf dem Gedanken des Föderalismus stützen, dessen Vertretung im Reichstag völlig unzureichend sei. Besonders die Deutschnationale Volkspartei, die immer gern föderalistisch einhergehe, hätte vollkommen versagt. Der neuen Partei soll für das nichtkatholische Deutschland die Rolle zufallen, die das Zentrum für die Katholiken spielt. Von besonderem Interesse an den Ausführungen Alpers war, daß sich 12 deutschnationale Reichstagsabgeordnete bereiterklärt hätten, der neuen Partei beizutreten. Die „Evangelische Volkspartei" wird zum „Evangelischen Bund" im Gegensatz stehen. Reichstagsabgeordneter Alpers hielt die Aussichten für die neue Partei bei kommenden Wahlen für ungemein günstig. Die Vorbereitungsarbeiten zur Gründung sollen schon so weit gediehen sein, daß die entscheidende Konferenz noch im Laufe dieses Monats stattfinden kann.

Bemerkenswert ist die Beteiligung von deutschnationalen Abgeordneten an diesen „föderalistischen" Bestrebungen, um so mehr, als bei ihnen führend auch der Professor Schmidtmann aus Bonn beteiligt ist. Dieser Herr trieb es im Jahre 1923, während des Ruhrkampfes, so stark „föderalistisch", daß man auf ihn und seine Freunde das Wort vom „Edelseparatisten" prägte und sogar die „Kölnische Zeitung" zu entschiedener Abwehr nötigte. Deutschnationale und Separatisten Hand in Hand — ein Zeichen des Bürgerblocks!

Stahlhelm-Landfriedensbruch.

Aber verurteilte Reichsbannerleute.

Halle a. d. S., 16. Februar. (Eigener Bericht.) In dreizehnstündiger Verhandlung beschäftigte sich das Große Schöffengericht in Halle mit einem Zusammenstoß zwischen Stahlhelmern und Reichsbannerleuten während des Volksentscheids. Natürlich saßen wieder Reichsbannerleute und Rote Frontkämpfer auf der Anklagebank, während die „unschuldigen" Stahlhelmer die Belastungszeugen spielen durften. Am Tage vor dem Volksentscheid hatten in Gerbstedt (Bez. Merseburg) Stahlhelmer auf Lastautos eine Propagandafahrt durch die Dörfer des Mansfelder Bezirks unternommen. Bei der Rückkehr nach Gerbstedt kam es zu gegenseitigen Keilereien mit Arbeitern, schließlich sogar zu einem Steinbombardement auf die Stahlhelmer, wobei einige leicht verletzt wurden. Der Zusammenstoß erklärt sich daraus, daß in der Arbeiterschaft gegen die Stahlhelmer große Erbitterung bestand. Am Tage vorher hatten letztere nämlich versucht, eine Reichsbannerversammlung zu sprengen. Um die Gegner zu täuschen, wehte von ihrem Auto eine kommunistische Fahne! Auf Veranlassung der Leitung des Reichsbanners erfolgte durch die Polizei eine Durchsuchung der Stahlhelmer nach Waffen, die sich als sehr ertragreich zeigte, denn man entdeckte eine ganze Anzahl Revolver, Totschläger, Dolche, Seitengewehre, Gummiknüppel usw.! Auch die Roten Frontkämpfer waren von den Stahlhelmern belästigt worden. Angesichts dieser Sachlage zeigte sogar der Staatsanwalt Verständnis für die Erbitterung der Arbeiterschaft. Der Stahlhelm habe seine Gegner schwer gereizt. Trotzdem war er aber der Ansicht, daß Landfriedensbruch vorliege. Die Verteidiger zeigten an Hand von Beispielen, wie man den Landfriedensbruchparagraphen immer gegen Anhänger der Linksparteien anwende, während dies nicht geschehe, wenn Rechtsradikale etwa Reichsbannerleute überfallen hätten. Das Gericht nahm trotzdem an, daß Landfriedensbruch vorliege. Es verurteilte daher zwei Angeklagte zu sechs Monaten, zwei weitere zu drei Monaten Gefängnis. Da den vier übrigen Angeklagten die Beteiligung an dem Vorfall nicht nachweisbar war, wurden sie freigesprochen. Weiterhin wurde entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts den Verurteilten eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt. Der „Landfriedensbruchprozeß" endete jedenfalls mit einem moralischen Freispruch der acht Reichsbannerleute und Kommunisten, die in verständlicher Empörung sich gegen den Terror des Stahlhelms gewandt hatten.

Gegen unbequeme Zeitungsschreiber.

Die Drohung mit dem Knüppel.

Nachdem jüngst die „DAZ." den Berliner Korrespondenten des liberalen „Manchester Guardian" mit der Ausweisung bedroht hatte, wendet sich jetzt die „Kreuzzeitung" mit derselben Drohung gegen den Korrespondenten des nationalistischen „Echo de Paris", der in seinem Blatte den Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in aufgeregter Weise kritisiert hatte. Eine Polemik der „Deutsch-Diplomatischen Korrespondenz" gegen ihn nimmt sie zum Anlaß, zu bemerken:

> Darüber hinaus müßte es sich die Reichsregierung unserer Meinung nach aber überlegen, ob sie überhaupt noch länger das schmähliche Treiben dieses Herrn in Deutschland dulden kann.

Für das „Echo des Paris" hegen wir ungefähr dieselben Gefühle wie die „Kreuzzeitung". Dessen ungeachtet müssen wir uns gegen jede Einschränkung der Pressefreiheit ausländischer Korrespondenten durch Bedrohung mit der Ausweisung auf das entschiedenste aussprechen. Und das nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus praktischen Gründen. Die Bürgerblockregierung würde den Ruf Deutschlands in der Welt wahrlich nicht verbessern, wenn sie sich durch ihre Presse zu Polizeimaßnahmen gegen die Freiheit der Berichterstattung verleiten lassen wollte.

Vor einer neuen Krise in Sachsen?

Bekanntlich war beabsichtigt, den früheren Reichsinnenminister Dr. Külz zum sächsischen Innenminister zu ernennen. Diesem Plan setzt jetzt die Aufwertungspartei einen starken Widerstand entgegen, weil Külz in der Aufwertungsfrage als ihr Gegner gilt. Da die sächsische Regierung auf sehr schwachen Füßen steht, würde der Austritt der Aufwertungspartei aus der Regierung die Regierungsmehrheit zerschlagen. Verhandlungen, die den Konflikt beseitigen sollten, verliefen ergebnislos. Die Aufwerter drohen, durch ein Mißtrauensvotum die ganze Regierung zum Rücktritt zu zwingen, wenn Külz Minister wird.

Ein solcher Mißtrauensantrag hat alle Aussicht auf Annahme, da er zusammen mit den Sozialdemokraten und den Kommunisten eine Landtagsmehrheit finden würde. Andererseits drohen die Demokraten, aus der Regierung herauszugehen, wenn die Aufwertungspartei auf ihren Forderungen beharrt.

Unruhs „Bonaparte".

Deutsches Theater.

Als Napoleon in Vincennes die Kaiserkrone probiert, lacht das Volk hinter der Bühne. Bonaparte schreit, man solle die Kanaillen auseinandersprengen. Fritz v. Unruh, der diesen Schluß seines Bonaparte-Dramas anordnet, ist also ein heftiger Gegner des nach der Kaiserkrone greifenden Korsen und ein strenger Freund der Volksfreiheiten. Er verlangt vor seinem Gewissen, daß Napoleon blamiert und daß die Masse in das allerbeste Licht gesetzt wird. So müssen alle Demokraten die Gesinnung des Unruhschen Werkes anerkennen. Was kann es Besseres in einem Dichter geben als das Bekenntnis zur Sache des Volkes? Sieht man das Unruhsche Drama so an, dann ist der Dichter mutig, zuverlässig und sogar reichstagsreif auch in unseren Tagen. Will man wissen, wie Unruh zu solcher Charakterisierung Bonapartes kommt, dann gerät man allerdings in die Zwangslage, von einem sehr primitiv charakterisierenden Dramatiker reden zu müssen. Die Weltgeschichte und ihre Lösung wäre ein Kinderspiel, wenn ein Bonaparte einfach nur der böse Mann, etwa der Herr v. Keudell oder Hergt der Vergangenheit gewesen wäre. Irrt man nicht, so liegt das Problem Bonapartes etwas komplizierter und tiefer, und der Dichter, der dem nicht Rechnung trägt, ist geistig etwas unreif geblieben, trotz seines prachtvollen Republikanerherzens.

Fritz v. Unruh leidet unter seiner pathetischen Natur. Als er in seiner Jugend die beiden Dramen „Offiziere" und „Louis Ferdinand" schrieb, war er noch jung pathetisch und außerordentlich sympathisch. Stoff und Stil deckten sich. Hierauf dichtete er während der geistigen Inflationszeit die lärmenden Sinn- und Gesinnungsspiele, das „Geschlecht" und „Platz". Das waren expressionistische Manifestationen eines kreischenden und kreißenden Märtyrers um die Menschenfreiheit. Prächtig war das Ideal, fast unerträglich und nur von einigen sektierenden Anhängern verehrt waren diese Dramen. Auch Unruhs Reisetagebuch „Büge der Nike", in dem er von seinem schönen Pazifismus Kunde gibt, litt unter der überladenen Rede. Und diese Ueberfüllung mit Bildern und Visionen ist auch schuld daran, daß das Bonaparte-Drama kalt läßt. Es gewittert in diesem Dichter ein unfruchtbarer Enthusiasmus. Die reifere Jugend gehört ihm vielleicht, die reifere Männlichkeit versagt sich ihm. Spektakel allein genügt nicht, auch wenn das Herz aus tausend Wunden blutet, auch wenn das Herz sich in zehntausend Wunder vertieft. Immer erstaunt man über die gar zu primitive Interpretation von ungeheuren Weltbegebenheiten. Der Denker Unruh zerbricht sich den Kopf, doch viel kommt nicht dabei heraus. Heraus kommt nur ein Bühnenspektakel, der manchmal fesselt, doch sehr schnell ermüdet.

Werner Krauß spielte diesen unkomplizierten, so schön knabenhaft aus der Wirrnis der historischen Dunkelheiten herausgeschälten Napoleon. Napoleon wurde zum Helden der Bühne, aber nicht zum Helden der Weltgeschichte. Nur dann, wenn Unruh das Recht des Volksmannes auf Revolution und Freiheit posaunierte, wurde sein Ton sehr echt. Wiederum schüttelte man dem Gedankenfreunde die Hand. Um Werner Krauß, der nicht immer der heroischen Geste entging, spielten gute Künstler, wie Feldhammer und Homolka und Biensfeldt und Schroth und Gronau. Durch Konzentration der Bewegung, des Blickes und des Wortes wirkte außerordentlich stark innerhalb dieses vorzüglichen Schauspielertrupps Winterstein. Rudolf Forster spielte mit der melancholischen Anmut jenen Prinzen Enghien, der seine Jahrhundert alte Fürstlichkeit gegen die aus den Nichts geborene unverbrauchte Individualfürstlichkeit Bonapartes stemmte. Das Widerspiel dieser beiden Künstler war zehn Minuten lang aufregend. Kapriziöse Worte, vom Dichter erfunden. Man dachte, der Dramatiker hätte von dieser Szene aus sein ganzes Bonapartestück anschwellen lassen. Aus einem Dialog, der geistreich auffliegt, wird ein aufgeplustertes Spektakelstück. Das geschieht manchmal, wenn die Pathetiker des Wortes vergessen, daß nur die größten Originalgenies ständig mit Blut schreiben können, daß der Schöpfer es dem Kleineren aber nur gestattet, wenig blasse Tropfen dieses unvergänglichen Blutes in ihr Tintenfaß zu schütten.

Fritz Unruh wurde feierlich begrüßt und erst von dem beifallfreudigen Publikum entlassen, nachdem er sich vielmals verbeugt hatte.

Max Hochdorf.

Notstandsaktion der erwerbslosen Schauspieler. Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der AfA veranstaltet augenblicklich eine Reihe von Aufführungen der Hauptmannschen „Weber", die mit engagementslosen Schauspielern besetzt sind. Gestern abend fand die erste Vorstellung in den „Prachtsälen am Märchenbrunnen" im Friedrichshain statt. Es handelt sich hier in erster Beziehung um eine soziale Tat, und das zahlreiche Publikum bewies, daß es dafür Verständnis hatte. Der Saal war beinahe ausverkauft. Es ist unmöglich, mit einem neu zusammengestellten Ensemble eine völlig abgerundete Aufführung zustande zu bringen. Immerhin bewies Prof. Gregori, der die Regie führte, den Willen, ein geschlossenes Ensemblespiel zu schaffen. Sonst suchte die Regie traditionelle Bahnen. Vieles wurde zu stark betont, man spielte eben handfestes Theater und stellte manchmal Gruppen, die besser in ein Jambendrama gepaßt hätten. Aber auch in diesem Rahmen und auf dieser Bühne mit ihren primitiven Mitteln wirkte die Dichtung mitreißend. Uebrigens schuf Gregori mit Wenigem sehr gute Bühnenbilder. Nach dem dritten und vierten Akt setzte starker Beifall ein. Die Leitung aber ist zu der Wahl des Stückes zu beglückwünschen, das schon allein durch den Stoff packt. Hoffentlich erkennt das Publikum die Notwendigkeit dieser Notstandsaktion und besucht die folgenden Vorstellungen, damit den Darstellern tatsächlich wirtschaftlich geholfen wird.

F. S.

Edisons Weltanschauung. Bei der Feier seines 80. Geburtstages in West-Orange gab Thomas Edison für einen Stab von Reportern seine Ansicht über eine Reihe interessanter Fragen zum besten. Von seinen Aeußerungen seien folgende erwähnt: 1. Der russische Bolschewismus sei eine Drohung für die ganze Welt. 2. Man sollte Coolidge wieder zum Präsidenten wählen. 3. Jedermann solle sich jung verheiraten. 4. Spiritismus sei Unsinn. 5. Das Wort „Gott" habe keine besondere Bedeutung. Das Universum werde von einer überwiegenden Intelligenz geführt. 6. Demokratie sei nur in einem Lande brauchbar, wo die Menschen einigermaßen vernünftig seien. — Edison erklärte, er werde mit seinen Experimenten bis zu seinem Tode fortfahren. Er hoffe, daß man sich nach seinem Tode seiner als Erfinder des Grammophons erinnere.

In Milan im Staate Ohio (Edisons Vaterstadt), wurde der Grundstein gelegt für die künftige Universität, die den Namen Edison-Universität führen und nach einem Voranschlag mindestens 10 Millionen Dollar kosten soll. Das Universitätsgebäude soll neben dem Geburtshause des Erfinders, einem sehr bescheidenen Gebäude, stehen.

Die Malaria in Rußland. Der vor kurzem beendete Malariakongreß im Kaukasus stellte fest, daß etwa 25 Proz. der Bevölkerung im Kaukasus sowie etwa 10 Proz. der Bevölkerung in der deutschen Wolgarepublik jährlich an Malaria erkranken. Im ganzen sind im letzten Jahre 2½ Millionen Menschen erkrankt. Etwa 20 000 der Kranken sind in diesem Jahre gestorben. Besonders stark tritt die Krankheit unter den Eisenbahnarbeitern auf, von denen etwa ein Drittel malariakrank sind. Der Kongreß stellte fest, daß zur Behandlung dieser Zahl der Malariakranken über 100 000 Kilogramm Chinin im Jahre gebraucht werden, jedoch kann diese Menge bei weitem nicht bestritten werden, und nur etwa 10 Proz. des notwendigen Quantums wird aus Moskau geliefert.

Es wird gebeten, nicht die Hand zu reichen. Aus Reval wird gemeldet: Die Mahnung: „Es wird gebeten, nicht die Hand zu reichen" kann man in Reval an den Türen zahlreicher Behörden lesen. Die Mahnung geht auf sanitäre Erwägungen zurück, man will der Verbreitung der Grippe und anderer ansteckender Krankheiten durch Händedruck nach Möglichkeit vorbeugen.

Der Bund, die Vereinigung freiheitlicher Akademiker, veranstaltet Donnerstag 8 Uhr in der Deutschen Gesellschaft, Schadowstr. 8, einen Diskussionsabend über Hochschul- und Studentenfragen. Professor Waentig, Dr. Th. Bohner und Dr. H. Broermann sprechen zur Einleitung.

Das Gastspiel der Comédie française, das im Deutschen Theater stattfinden sollte, ist leider vorläufig eine Vorwegnahme. Es hat sich nur um ein Angebot einzelner Mitglieder gehandelt, aber man sollte den Gedanken nicht fallen lassen. Und wenn es nicht die klassische Bühne ist, könnte vielleicht ein modernes französisches Ensemble nach Berlin kommen.

Prof. Theodor Lessing-Hannover spricht heute abend 8 Uhr im Schubertsaal Bülowstraße 104. über: „Anlitz und Charakter" in der physiognomischen Studiengesellschaft. Gäste 1,50 Mark.

Der Schöpfer des Zeiß-Planetariums Dr.-Ing. Walter Bauersfeld in Jena ist mit Wirkung vom 1. April 1927 zum beamteten außerordentlichen Professor in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät mit einem Lehrauftrag für Sondergebiete der technischen Physik ernannt worden.

Jack London in deutscher Sprache. Der Universitas-Verlag, Berlin W 50, beabsichtigt in diesem Jahr sechs neue Bände der von ihm veranstalteten Gesamtausgabe der Werke Jack Londons herauszubringen. Als erster Band davon soll im März „Zerro" erscheinen. Für den Herbst ist u. a. die Herausgabe des größten Romans von Jack London „Martin Eden" in zwei Bänden geplant.

Der Brüsseler Kongreß.

Eine Entgegnung von Ernst Toller.

Genosse Ernst Toller hat in persönlicher Eigenschaft an dem von uns bereits charakterisierten Brüsseler Kongreß der „Liga gegen die koloniale Unterdrückung" teilgenommen. Wir geben ihm nun das Wort zu einer Entgegnung auf unsere entschieden ablehnende Stellungnahme gegenüber solchen „halbkommunistischen Gebilden" und ihren Veranstaltungen:

„Ich muß der sachlichen Darstellung aufs entschiedenste widersprechen. Die auf dem Kongreß von Brüssel vertreten gewesenen Männer stehen keineswegs den politischen Wirklichkeiten fremd gegenüber. Auf dem Kongreß von Brüssel waren die vom Imperialismus unterdrückten Völker vertreten durch die Exponenten der effektiven Mächte, die Repräsentanten der nationalen Parteien. Es ist ganz falsch, den Kongreß ein „halbkommunistisches oder sowjetrussisches Gebilde" zu nennen. Auf dem Kongreß waren höchstens 10 Proz. Kommunisten. Beispielsweise ist der Vertreter Indiens, Jawaher Lal Nehru, Mitglied der allindischen Kongreßexekutive, einer der bedeutendsten und bekanntesten politischen Führer Indiens, kein Kommunist. Ebenso kann man Mohamed Hafiz Ramndan Bey, Führer der ägyptischen Nationalpartei, Mitglied des ägyptischen Parlaments, Vasconcellos, früherer Minister in Porto Rico, den Mexikaner Mella wirklich nicht Kommunisten nennen. Aber auch die europäischen Länder waren stärker durch Sozialisten als durch Kommunisten vertreten. Die Labour-Abgeordneten Lansburn, Miß Wilkinson, der Führer der Independant Labour-Party, Fenner Brockway, Davies, Führer des englischen Bergarbeiterverbandes und Mitglied der Labour-Party, waren gekommen. Die belgische sozialdemokratische Fraktion hatte Dr. Marteau delegiert. (Nein, er hatte sich selbst delegiert. D. Red.) Der Alichinesische Sozialistische Gewerkschaftsbund, der Südafrikanische Gewerkschaftsbund und andere sozialistische Gewerkschaften waren vertreten.

Man braucht nur die auf dem Kongreß gewählte Exekutive zu betrachten, der Lansbury (England), Fimmen (Holland), Münzenberg (Deutschland), Barbusse (Frankreich), Nehru (Indien), Lipu (China), Senghore (Südafrika), Hatta (Indonesien) und Vasconcellos (Lateinamerika) angehören, um zu erkennen, daß die Kommunisten sich stark in der Minderheit befinden. Ich halte es für gefährlich, wenn eine Bewegung von weltpolitischem Ausmaß wie die, die auf dem Brüsseler Kongreß Form und Ausdruck fand, mit den Worten „halbkommunistisches Gebilde" abgetan wird. Wer dem Brüsseler Kongreß beigewohnt hat, wer die Fülle von konkretem Material über die wirkliche Situation der kolonialen Völker, über die brutale Politik des Imperialismus gehört hat, der mußte erkennen, welch gewaltiger Explosivstoff in der gesamten Welt des Orients aufgespeichert ist, ein Explosivstoff, der früher oder später den Imperialismus sprengen wird.

Der Kampf der orientalischen Völker um ihre Unabhängigkeit berührt nach meiner Ansicht aufs innigste die Kämpfe der europäischen, also auch der deutschen Arbeiterklasse. Ich halte es für gefährlich, wenn die deutsche sozialistische Arbeiterschaft sich von einer Bewegung absondert (?), die sich heute in einer weltpolitischen Demonstration manifestiert, von der ich aber glaube, daß sie schon morgen das Fundament einer internationalen Macht sein kann. In meiner Rede in Brüssel, bei der ich die Resolution der deutschen Delegation, die sich gegen die imperialistischen kolonialen Tendenzen in Deutschland wandte, begründete, sagte ich:

„Heute hat dieser Kongreß als demonstrativer Ausdruck einer Milliarde Menschen gewaltige Bedeutung. Er wird den Schlaf der Herren Mussolini und Primo de Rivera empfindlich stören. Morgen wird dieser Kongreß eine Weltmacht sein. Der wahre Völkerbund, in dem es weder Herren noch Sklaven, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete, weder weltpolitische Subjekte noch weltpolitische Objekte gibt."

Auch die Vorwürfe gegen die antifaschistische Liga halte ich für falsch und gefährlich. Ich kenne die Organisation der antifaschistischen Liga nicht bis in ihre letzten Einzelheiten, weiß aber, daß Sozialdemokraten, auch italienische Sozialdemokraten, führend daran beteiligt sind. Der Faschismus ist eine solche Gefahr für die europäische Arbeiterschaft, daß ich glaube, man sollte jede Offensive gegen ihn begrüßen, und schließlich darf nicht vergessen werden, daß bei allen Differenzen innerhalb der konkreten Wege der Arbeiterschaft es eine Reihe von gemeinsamen Fronten gegen Feinde gibt."

*

Die Ausführungen des Genossen Toller vermögen nicht, uns von den Auffassungen abzubringen, die wir in dem Aufsatz „Halbkommunistische Gebilde" entwickelt haben. Daß die Vertreter der exotischen Länder in Brüssel Kommunisten sind, haben wir nicht behauptet. Um so mehr bleiben wir dabei, daß die Vertreter der europäischen Länder auf dem Brüsseler Kongreß entweder Kommunisten sind oder dem Kommunismus insofern nahestehen, als sie zur Bildung einer „Einheitsfront" neigen, die von der überwiegenden Mehrheit sowohl der Züricher wie der Amsterdamer Internationale aus den bekannten Gründen und Erfahrungen entschieden abgelehnt wird. Die offizielle Vertretung der sozialistischen und freigewerkschaftlichen internationalen Arbeiterschaft hat eine Beteiligung an der Brüsseler Veranstaltung abgelehnt. Die unter Leitung des Sekretärs Friedrich Adler herausgegebene „Internationale Information" hat in ihrer Ausgabe vom 22. Januar vor dem Brüsseler Kongreß als vor einer verkappten kommunistischen Angelegenheit eindringlich gewarnt. Wenn einzelne Mitglieder sozialistischer Parteien, sei es auf eigene Faust, sei es auf Beschluß ihrer Organisation, an diesem Kongreß dennoch teilgenommen haben, so ist das noch lange kein Beweis für den nichtkommunistischen Charakter der Veranstaltung oder gar für ihre praktische Bedeutung; es ist höchstens ein Beweis für einen Mangel an Parteidisziplin, den wir keinesfalls zur Nachahmung empfehlen können.

Bei aller Anerkennung des feurigen Idealismus des Genossen Ernst Toller, für den er selbst schon hart gelitten hat, können wir uns, was die Bewertung der politischen Realitäten anlangt, kaum auf sein Urteil verlassen. Indessen sei ihm zu seiner Beruhigung versichert, daß weder die deutsche noch die internationale Sozialdemokratie durch ihre Nichtbeteiligung an der Brüsseler Veranstaltung den Kontakt zu einer Weltbewegung irgendwie verloren hat, deren Bedeutung bereits auf dem Kongreß von Marseille im August 1925 voll gewürdigt wurde, und die neuerdings auf der Tagung der Exekutive der SAI. in Paris Gegenstand einer ausführlichen Aussprache und einer ihr die volle Sympathie aussprechenden Resolution gewesen ist.

England und China.

Abbruch oder nicht?

London, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Außenminister Chamberlain läßt erklären, daß ihm offiziell von einem Abbruch der Verhandlungen mit der Kantonregierung nichts bekannt sei; solche Depeschen des englischen Vertreters in China lägen nicht vor. Die Betrachtungen der Presse über die Lage in China gehen trotzdem von der Voraussetzung aus, daß die Verhandlungen bereits abgebrochen sind. Einzelnen Blättern zufolge werden in diesen Tagen in China harte Kämpfe zwischen der Südarmee und den Truppen Tschangtsolins erwartet.

Das Haus fällt, die Apotheke bleibt.

Eine Apotheke bekommt durch ihr Privileg eine Anzahl Rechte, hat aber andererseits auch die Pflicht, stets bereit zu sein, Arzneien zu verkaufen. Sie darf also nicht auf längere Zeit geschlossen werden. Befindet sich eine Apotheke in einem Hause, daß zwar noch nicht baufällig ist, doch aus geschäftlichen Gründen abgerissen werden soll, um einem größeren und höheren modernen Bau Platz zu machen, so kommt der Unternehmer in eine schwierige Lage. Doch bei dem Stand der modernen Bautechnik gibt es so leicht keine Hindernisse. Das Haus Friedrichstr. 19 ist bereits mit seinem Fundament niedergelegt. Die Apotheke und mit ihr ein anderes zu ebener Erde gelegenes Geschäft bleiben geöffnet. Die Geschäftsinhaber freilich befinden sich bereits seit geraumer Zeit nicht mehr innerhalb ihrer „vier Wände". Nur die Seitenwände und das Schaufenster sind stehengeblieben. Die Rückwand und die Decke sind einfache Bretterwände, außen mit Dachpappe bekleidet. Der große Bauzaun schließt die Läden zwar vollständig ein, bietet aber Gelegenheit, durch ausreichende Beschriftung für die notwendige Reklame zu sorgen, und der Geschäftsgang wird durch den Umbau wohl kaum zu leiden haben. Auch der Weg zu den Hinterhäusern darf nicht verbaut werden, und durch die ehemalige Haustür gelangt man auf den engen Hof. Hier werden einem die Schwierigkeiten des Baues auf beschränktem Terrain deutlich. Doch der Keller ist bereits ausgeschachtet, das neue Fundament wird gelegt, und bereits beginnen die ersten eisernen „Doppel-T-Träger" aus dem Boden zu wachsen. Das ganze Gebäude, das einige Stockwerke höher wird, soll in Eisenkonstruktion ausgeführt werden. Es wird nicht mehr lange dauern, und das Balkengerüst, das die Brandmauern der beiden Nachbargrundstücke stützt, kann entfernt werden.

Großer Wasserrohrbruch.

Ein Teil Groß-Berlins ohne Wasser.

Heute vormittag trat etwa um 11,15 Uhr in dem von Tegel nach Charlottenburg führenden Hauptdruckstrang des Tegeler Wasserwerkes ein großer Rohrbruch ein, der eine vorübergehende Störung der Wasserversorgung in einem großen Teil der Stadt zur Folge hatte. Nach Feststellung der Bruchstelle, die auf dem sogenannten Rohrdamm bei Siemensstadt liegt, wurde der defekte Teil des Hauptrohres durch Schieberabsperrung isoliert, so daß der Betrieb um etwa 12,15 Uhr wieder aufgenommen werden konnte. Die Wiederherstellung der defekten Stelle ist sofort in Angriff genommen worden.

Der Rohrbruch ereignete sich am Saatwinkler und Rohrdamm. Ein riesiger Wasserstrahl schoß in die Höhe und überflutete die ganze Straße. Mehrere Siedlungsneubauten wurden unter Wasser gesetzt. Die Feuerwehr von Siemensstadt war bis in die Nachmittagsstunden hinein an der Unfallstelle tätig. Es handelt sich um das Hauptwasserdruckrohr, das einen Durchmesser von zwei Meter hat. Die Unfallstelle wurde in weitem Kreise abgesperrt.

Die Unterschlagungen bei der Studentenschaft

Fünf Studenten als Angeklagte.

Das gerichtliche Nachspiel zu den großen Unterschlagungen in Höhe von über 40 000 M., die im Ausschuß der Studentenschaft an der Berliner Universität seinerzeit aufgedeckt worden waren, begann heute früh vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Arendt.

Der Hauptangeklagte, der der fortgesetzten Unterschlagung und des fortgesetzten Betruges beschuldigt wird, ist der allein in Untersuchungshaft befindliche Student Willi Lehmann. Mitangeklagt sind wegen Beihilfe, teils zur Unterschlagung, teils zum Betruge, die Studenten Gerhard Juling, Werner Müller, Paul Jabel und Herbert Großmann, sowie ferner wegen Begünstigung nach der Tat durch ein eigenartiges „Ausgleichsverfahren" der Justizobersekretär Hermann Borchmann. Die angeklagten Studenten gehörten dem Studentenausschuß an, der im Selbstverwaltungskörper der Studentenschaft gebildet ist. Lehmann war im Sommersemester 1925 Kassenwart, Juling Sprecher und Müller dessen Stellvertreter. Diese drei waren zeichnungsberechtigt. Der Kassenführer der Studentenschaft war Borchmann. Am Ende des Sommersemesters stellte der letztere fest, daß erhebliche Fehlbeträge vorhanden waren. Es wurde nun ein „Ausgleichsverfahren" vorgenommen. Borchmann ließ die Fehlbeträge dadurch verschwinden, daß er Zahlungen der Universität an den Studentenausschuß nicht buchte. Der Angeklagte Lehmann gab unter Belastung der Mitangeklagten eine Schilderung, wie er in die Unterschlagungen hineingeraten sei. Er ist 1902 geboren und der Sohn eines Zigarrenhändlers. Nach dem Tode des Vaters mußte er zunächst die Studien unterbrechen und wurde Banklehrling. Die Mutter ernährt sich dürftig vom Nähen und Ausbessern. Als Lehmann 1924 seine Studien wieder aufnahm, standen ihm nur monatlich 30 Mark zur Verfügung. Er gab Nachhilfestunden und hatte ein Freistudium. Zur Sache selbst begann Lehmann sein Geständnis mit folgenden Worten: „Ich habe meiner Mutter bei der Verhaftung gelobt, die Wahrheit zu sagen und werde es jetzt auch tun. Nachdem ich Ostern 1924 mit monatlich 30 M. zur Universität gekommen war, fing ich zum ersten Male an, mit geringen Beträgen zu wetten. Damit wurde die Grundlage für meinen späteren Wett-Taumel gelegt. Ich hatte einige Erfolge. Dann bekam ich von einem Bekannten 300 M. geliehen, die ich in größeren Wetten anlegte und damit 800 M. gewann. Im Studentenausschuß lernte ich im Oktober 1924 Juling und Müller kennen, die schon länger dort waren. Im Sommersemester 1925 wurde ich Kassenwart. Juling und Müller hörten, daß ich viel wettete. Sie sagten mir, daß sie auch gewettet hätten, um ihre Lage zu verbessern, und daß Müller Gelder verwettet habe, die ihm von seinem Vater anvertraut worden waren. Damals ist der Plan aufgetaucht, der mich hierher gebracht hat.

Großer Dachstuhlbrand im Grunewald.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nacht gegen 1 Uhr in einer Grunewaldvilla in der Josef-Joachim-Str. 11/13 zum Ausbruch. Die Löschzüge Suarez, Schmargendorf, Grunewald und die freiwillige Feuerwehr Grunewald rückten auf den Feueralarm unter Leitung des Branddirektors Flöter heran. Als die ersten Züge an der Brandstelle eintrafen, brannte ein großer Teil des Dachstuhles lichterloh. Das Feuer griff auf eine Mansardenwohnung über und richtete erheblichen Schaden an. Aus drei Schlauchleitungen wurde etwa drei Stunden lang Wasser gegeben. Große Schwierigkeiten machten die Ablöscharbeiten, da eine Torfmullschüttung in einer Zwischenwand immer wieder aufglimmte und einen neuen Gefahrenherd bot. Nach vierstündiger Tätigkeit war jede weitere Gefahr beseitigt.

Der Tenor Grosavescu erschossen.

Eine Eifersuchtstat der Gattin.

Der Tenorist der Wiener Staatsoper Trajan Grosavescu ist gestern in seiner Wiener Wohnung von seiner Frau erschossen worden. Das Motiv der Tat ist Eifersucht. Als Grosavescu heute nachmittag seine Koffer packte, kam es zwischen den Ehegatten zu einem Streit, in dessen Verlauf die Frau plötzlich von rückwärts einen Revolverschuß auf ihren Mann abgab. Die Kugel traf den Sänger am Hinterkopfe, und er stürzte sofort tot zusammen. Frau Grosavescu wurde verhaftet.

Wien, 16. Februar. (WTB.) Zum Fall Grosavescu erfährt die Polizeikorrespondenz noch folgendes: Nach Angabe der Schwester des getöteten Opernsängers war das Ehepaar seit 1923 verheiratet. Frau Grosavescu war vorher ungefähr sieben Jahre verehelicht und geschieden. Sie war in der letzten Zeit auf ihren Gatten sehr eifersüchtig, weil sie glaubte, Grund zu der Vermutung zu haben, daß ihr Mann sich einer Dame der Gesellschaft zuwenden würde. Die Folge davon waren wiederholte erregte Szenen zwischen den Ehegatten. Frau Grosavescu erklärte gegenüber ihrer Schwägerin wiederholt in ihrer Erregung, sie werde noch einmal ihrem Gatten etwas antun. Sie sei eines Freispruches gewiß, wenn sie eine solche Tat begehen sollte. Im Januar dieses Jahres verließ Frau Grosavescu nach einer Totgeburt das Sanatorium, in dem sie untergebracht war. Ihre Nerven waren noch sehr überreizt, und in diesem Zustand kam es heute zu der heftigen Szene, die schließlich den tragischen Ausgang nahm. Frau Grosavescu war eine geborene Kovescy aus Skotschau bei Bielitz und um ungefähr ein Jahr jünger als ihr im Jahre 1895 geborener Gatte. Aus ihrer ersten Ehe stammte ein jetzt siebenjähriges, aus ihrer Ehe mit Grosavescu ein jetzt zweijähriges Mädchen. Die Leiche Grosavescus wurde zur Obduktion ins Gerichtlich-Medizinische Institut übergeführt. Sie wies am Kopf einen Einschuß im Hinterhaupt und Ausschuß in der Stirn auf, so daß der Tod augenblicklich eingetreten sein muß.

Grosavescu wurde am Anfang der diesjährigen Spielzeit an die Berliner Staatsoper berufen. Auch den Mitgliedern der Volksbühne muß er bekannt sein. Zu seinen besten Rollen zählten der Herzog im „Rigoletto", Graf Richard im „Maskenball" und Don José aus „Carmen". Sein italienisch geschulter, weicher und blühender Tenor erweckte die größten Hoffnungen, man sah bereits in Grosavescu einen erfolgreichen Konkurrenten Patieras. Wie alle großen Sänger war Grosavescu an zwei Opernbühnen verpflichtet. Er teilte sich zwischen Berlin und der Wiener Volksoper.

Die Schulkatastrophe von Neu-Tempelhof.

In einer Elternversammlung, die vom Siedlerverein des Tempelhofer Feldes einberufen worden war, versuchte zunächst der bisherige deutschnationale Bezirksverordnetenvorsteher Dr. Jäger die sträfliche Vernachlässigung der Schulfragen durch die bürgerliche Bezirksverwaltung in Tempelhof zu verteidigen. Er griff dabei auch den „Vorwärts" an, der kürzlich durch einen Alarmruf die Oeffentlichkeit auf die Schulkatastrophe aufmerksam gemacht hat, die der Gartenstadt am Tempelhofer Feld droht. Dr. Jäger, der selbst Lehrer am Park-Gymnasium ist, erklärte u. a., daß die Verhältnisse in den Holzbaracken für die Lehrer sehr gesundheitsschädlich seien, den Kindern aber nicht so abträglich wären. Auch könnten die Kinder ganz gut eine halbe Stunde zu Fuß laufen! Durch entrüstete Zwischenrufe der Eltern wie in der Diskussion wurde der deutschnationale Redner jedoch gründlich zugedeckt. Die Versammlung forderte in einer Entschließung, die sich mit den im „Vorwärts" aufgestellten Forderungen deckt, daß schleunigst die nötigen Maßnahmen getroffen werden, um der drohenden Schulkatastrophe vorzubeugen.

Absturz eines französischen Militärflugzeugs. In Lyon ist ein Militärflugzeug aus 2000 Meter Höhe abgestürzt. Der Flieger wurde getötet.

Abgesagte Versammlung. Die für heute abend für Britz-Buckow angesetzte Versammlung mit dem Thema: Kirche, Schule und Arbeiterklasse, findet infolge anderer Veranstaltungen im 14. Verwaltungsbezirk nicht statt.

Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter hatten am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung. Der erste Bevollmächtigte, Genosse Polenske, konnte in seinem Geschäftsbericht mitteilen, daß es trotz der schweren Wirtschaftskrise, die sich auch auf diese Organisation auswirkte, vorwärtsgegangen ist. Die Zahl der buchmäßigen Mitglieder stieg von 24 267 zu Beginn des Vorjahres auf 27 560 bis zum Jahresende, also um 3293 oder 13,5 Proz. Die Zahl der vollzahlenden Mitglieder (pro Mitglied 13 Beiträge im Quartal gerechnet) stieg von 23 054 auf 26 760, das ist eine Zunahme von 3706 oder 16 Proz. Die Fluktuation in der Mitgliedschaft ist leider immer noch stark. Von insgesamt 10 271 Neuaufnahmen konnten im Berichtsjahre nur 35 Proz. der Organisation erhalten bleiben.

Die Organisation legte im vergangenen Jahre ihr Hauptaugenmerk auf die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch die **Wiedereinführung des Achtstundentages**, die ihr auch in vielen Fällen gelungen ist. Der Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages wird noch sehr dadurch erschwert, daß in den Berliner Verkehrsbetrieben zum Teil sehr erheblich über acht Stunden gearbeitet wird. Polenske ging dann noch näher auf die einzelnen Lohn- und Tarifbewegungen ein und schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß auch dieses Jahr für die Organisation ein Jahr des Aufstieges sein möge.

Der Kassierer, Genosse Zietemann, teilte in seinem Bericht mit, daß sich das Lokalkassenvermögen von 87 553 Mark auf 169 286 Mark erhöht habe und die Organisation im allgemeinen finanziell sehr gefestigt dastehe.

In der anschließenden Diskussion wurde von den Kommunisten versucht, an der Tätigkeit der Ortsverwaltung Kritik zu üben. Man kann es aber wohl kaum als eine Kritik dieser Tätigkeit betrachten, wenn man die Ortsverwaltung dafür verantwortlich machen will, daß der englische Bergarbeiterstreik nicht mit einem Erfolg beendet werden konnte oder der Achtstundentag in Deutschland noch nicht wiederhergestellt ist. Als Genosse Polenske in seinem Schlußwort mit den Schreiern gründlich abrechnete und ihnen an Hand der Entschließungen des 6. Unionkongresses des Verbandes der Kommunalarbeiter Rußlands zeigte, wie die „praktische" Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten in Rußland aussieht, krakeelten sie, um diese bitteren Wahrheiten nicht zu hören.

Bei den anschließenden Wahlen sah man die Kommunisten abermals in „grundsätzlicher" Opposition. Ihre Anträge, die Ortsverwaltung durch Urwahl und die unbesoldeten Mitglieder der Verwaltung im Verhältniswahlsystem zu wählen, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Als besoldete Mitglieder der Ortsverwaltung wurden, entsprechend dem Vorschlag der erweiterten Verwaltung, gegen die Stimmen der „Opposition" gewählt: Polenske (1. Bevollmächtigter), Schaum (2. Bevollmächtigter), Kurpat (Sekretär), Zietemann (Kassierer). Als unbesoldete Mitglieder der Verwaltung, Revisoren und Mitglieder der Bibliothekskommission wurden ebenfalls die von der erweiterten Verwaltung Vorgeschlagenen gewählt. Die Bestätigung der Angestellten wurde ebenfalls mit großer Mehrheit ausgesprochen, trotzdem besonders gegen einen der Angestellten eine persönliche und lügenhafte Hetze aufgezogen wurde, die den Kommunisten aber nicht den erhofften Erfolg brachte.

Jahresversammlung der Berliner Fabrikarbeiter.

Am Sonntag hielten die Berliner Fabrikarbeiter ihre Jahresgeneralversammlung ab. Der erste Bevollmächtigte, Genosse Rücker, gab den Bericht für das Jahr 1926. Den Unternehmern habe es einen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht. Als Folge der Rationalisierung und auch aus anderen Ursachen seien erhebliche Produktionssteigerungen zu verzeichnen. Der Wert der Aktien sei ebenfalls bedeutend gestiegen, während die Zinskosten für Leihgeld eine 50prozentige Ermäßigung erfuhren.

Für die Arbeiter dagegen sei das letzte Geschäftsjahr ein schwarzes Jahr gewesen. Trotz der für die Unternehmer so günstigen Situation sei weder von einer Senkung der Preise noch von einer Erhöhung der Löhne etwas zu verspüren gewesen. Im Gegenteil, die Lebenshaltungskosten wurden noch weiter gesteigert, und nun sollen auch noch die Wohnungsmieten erhöht werden.

Rücker glaubt bestimmt, daß das Jahr 1927 einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg bringen werde, der nun aber auch der Arbeiterschaft zugute kommen müsse. Die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter mache vor allem eine Erhöhung der Löhne zur unbedingten Notwendigkeit. Der Redner richtete einen lebhaften Appell an die Mitglieder, in der Werbearbeit nicht nachzulassen, damit die kommenden Bewegungen zur Erhöhung der Löhne eine in jeder Beziehung gerüstete Arbeiterschaft vorfänden.

Im zweiten Teil seines Berichts ging Rücker auf die Bewegungen ein, die im Jahre 1926 geführt werden mußten und in der Hauptsache der Abwehr dienten. Namentlich traten in der Gummiindustrie wiederholt starke Beunruhigungen der Arbeiterschaft ein, da die Unternehmer die Akkordpreise zu drücken versuchten. Es gelang jedoch mit einigen kleinen Ausnahmen, diese Anschläge zu verhindern. Der Verband habe sich aber nicht nur auf die Abwehr beschränkt, sondern in mehreren Fällen sei es ihm gelungen, eine Erhöhung der Löhne zu erzielen.

Aus dem gedruckten Kassenbericht, den der Genosse Rühle vorlegte, ist eine erfreuliche Besserung der Finanzen der Zahlstelle zu verzeichnen. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betrugen 278 239,45 M., während die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse mit 122 712,34 M. balancierten. Auch die Mitgliederzahl hat einen kleinen Zugang erfahren. In der Diskussion wurden die Ausführungen Rückers unterstrichen und die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung stark betont.

In die Ortsverwaltung wurden mit Ausnahme von Wächter, Richter, Gräber und Breitenfelder, die auf ihre Wiederwahl verzichtet hatten, die Kollegen, die im vorigen Jahre amtiert hatten, wiedergewählt. An Stelle der Ausgeschiedenen wurden neu in die Verwaltung gewählt Kretschmann, Günther, Albrecht, Kretschmer und Louis. In den Gewerkschaftsrat wurden dieselben Kollegen wiedergewählt. Die Ortsverwaltungsmitglieder gehören sämtlich der Richtung Amsterdam an, während im Gewerkschaftsrat ein Kommunist sitzt.

„Vor einer Lohnbewegung der Reichsbahnarbeiter."

Mit dieser Aufschrift versehen verbreitet die BS.-Korrespondenz eine Nachricht, wonach die am Lohntarifvertrag für die Reichsbahnarbeiter beteiligten Organisationen in der kommenden Woche zur Frage einer Kündigung des bis Ende März geltenden Tarifvertrages Stellung nehmen. Den Organisationen ist davon bis jetzt nichts bekannt. Die BS.-Meldung eilt also mindestens den Tatsachen voraus.

Ganz wie in Leipzig.

Schiedsspruchkomödie in Mitteldeutschland.

Halle a. d. S., 15. Februar. (TU.) Heute fanden vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß die Verhandlungen über die Manteltarifbestimmungen für die Tarifgebiete Anhalt-Halle-Magdeburg statt. Es wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Die derzeitigen Manteltarifbestimmungen einschließlich des Arbeitszeitabkommens werden bis zum 31. März 1927 verlängert. Die Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch angenommen, während ihn die Arbeitnehmer ablehnten. Die Arbeitgeber haben sofort den Schlichter in Magdeburg wegen Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches angerufen. Dieser hat für Mittwoch vormittag in Halle neue Verhandlungen angesetzt.

Fort mit den Ueberstunden!

Gekündigtes Ueberstundenabkommen.

Halle, 15. Februar. (TU.) Die Gauleitung der Provinz Sachsen des Fabrikarbeiterverbandes hat das Ueberstundenabkommen vom Jahre 1925 zum ersten April dieses Jahres gekündigt.

Der Kampf in Schlesien.

Aussperrung in der Görlitzer Textilindustrie.

Görlitz, 15. Februar. (TU.) Entgegen anderslautenden Meldungen wird der Telegraphen-Union mitgeteilt, daß die bereits angekündigte Aussperrung in der Görlitzer Textilindustrie mit dem Ablauf des heutigen Tages in Kraft getreten ist. Von der Maßnahme werden rund 1600 Arbeiter betroffen. Im Bezirk Seidenberg tritt die Aussperrung am 18. Februar, im Bezirk Reichenbach in Schlesien am 19. und im Bezirk Grünberg am 26. Februar in Kraft.

Lohnbewegung in Ostoberschlesien.

Kattowitz, 15. Februar. (WTB.) Gestern wurde in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerorganisationen die sofortige Kündigung der Lohntarife beschlossen. Es wird eine allgemeine Lohnerhöhung gefordert und Ausgleichszulagen für verschiedene Kategorien von Arbeitern. Zwei gesonderte Kommissionen für die Hüttenindustrien und den Bergbau wurden gebildet, die die Verhandlungen führen sollen.

Ungezählte billige Arbeitskräfte . . .

Die Absicht des Stadtrats in Klingenthal in Sachsen, einen neuen Industriezweig anzusiedeln, mag an sich ganz löblich sein, zumal, da nach seiner Ueberzeugung die in der Hauptsache auf Heimarbeit beruhende Musikinstrumentenindustrie eine Krisis durchmacht, von der zu befürchten sei, daß sie lange dauern kann. Allein die gute Absicht rechtfertigt kaum die Methode, die der Stadtrat beliebt, um Unternehmer heranzuziehen. Er versendet auf entsprechende Inserate in den Tageszeitungen ein vervielfältigtes Zirkular, worin die besonderen Vorzüge aufgeführt werden, die Klingenthal für Unternehmer bietet. Als solche werden bezeichnet:

1. Ungezählte billige Arbeitskräfte (in Böhmen sind die Löhne sogar noch niedriger als in Klingenthal)."

Das soll doch heißen, der Unternehmer, der die Heimarbeiter in Klingenthal beglücken soll, kann sich noch billigere Arbeitskräfte aus dem nahen Böhmen heranholen, falls etwa die Klingenthaler zu anspruchsvoll sein sollten. Dabei wird unter den weiteren Vorzügen noch besonders betont:

7. eine an ganz exakte, feine Arbeit gewöhnte, sehr ruhige Gebirgsbevölkerung.

Auch die ruhigste Bevölkerung mit ungezählten billigen Arbeitskräften kann in Unruhe geraten, wenn sie durch noch „billigere" ausländische Arbeitskräfte um ihr Brot gebracht werden sollte. Aber auch die Stadtgemeinde würde nichts gewinnen, wenn ihre billigen Arbeitskräfte durch noch billigere bedrückt würden, die noch weniger steuerkräftig sind als die billigen einheimischen Heimarbeiter.

„Kultur des Handwerks" betitelt sich die vornehm ausgestattete Propagandaschrift für die Ausstellung, die in diesem Jahre in München unter dem Namen: „Das Bayerische Handwerk" veranstaltet wird. Was Städte wie Nürnberg und Augsburg für das mittelalterliche Handwerk bedeuten, ist bekannt. Wenn auch nicht mehr in dem früheren Maße, so hat doch auch heute noch das Handwerk eine nicht geringe Bedeutung, die durch diese Ausstellung zu besonderer Geltung gebracht werden soll. Die erste Nummer der „Kultur des Handwerks" läßt erkennen, daß die Veranstalter alles daransetzen werden, der Veranstaltung zu einer großzügigen, gediegenen Aufmachung zu verhelfen, so daß sie nicht nur zu einer Schau über die Erzeugnisse des Handwerks wird, sondern auch zur Belebung des modernen Handwerks beitragen dürfte. Von welcher Wichtigkeit dies insbesondere für Bayern ist, geht daraus hervor, daß bei der letzten Betriebszählung von 1925 in Bayern 208 201 Betriebe mit 1 bis 10 Personen ermittelt wurden, in denen 460 392 Personen beschäftigt wurden. An der Spitze steht das Bekleidungsgewerbe mit 115 470 Beschäftigten, dem das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 97 257 und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 72 983 Beschäftigten folgen, dann das Baugewerbe mit 61 938 beschäftigten Personen und das Metallgewerbe mit 42 187 Beschäftigten. — Die Schrift erscheint im Verlag der Ausstellung München 1927, Theresienhöhe 4a.

Wirtschaft

Freihandel und internationale Kartelle.

Ueber die Auswirkung der Schutzzollpolitik in Zeiten zunehmender internationaler Kartellierung macht der Geschäftsbericht der Hamburger Handelskammer für 1926 Bemerkungen, die die Notwendigkeit grundsätzlicher Freihandelspolitik in einem besonders zu beachtenden Licht erscheinen lassen. Dort wird gesagt:

„In der Tat sprechen viele Gründe völlig undoktrinärer Art dafür, den Gedanken der Freihandelslehre erneut Folge zu geben. Die durch die Beziehungen des Güteraustausches und die immer schwerer übersehbaren Kapitalwanderungen gesteigerte internationale Verflechtung gestattet in vielen Fällen nicht mehr festzustellen, ob bei der staatlichen Beeinflussung eines Preises durch Zölle tatsächlich noch die Volkswirtschaft als solche den Vorteil hat oder ein Kreis von Einkommenbeziehern, der vielleicht ausschließlich anderen Staaten angehört. Zu ähnlichen Ueberlegungen muß die Beobachtung führen daß das System von Zweigniederlassungen internationaler Konzerne, von Ausgleichskassen zwischenstaatlicher Kartelle durchaus ermöglicht, den aus einem zollgeschützten Markt gezogenen Preisvorteil zu verwenden, um auf einem anderen, strittigen Markt den Boden für die Festigung der Monopolstellung zu bereiten, vielleicht sogar zum Schaden gerade der Volkswirtschaft, deren Konsumenten den Kampffonds aufbringen müssen."

Wir registrieren diese Ausführungen der Handelskammer Hamburg, um damit erneut zu zeigen, daß das Zollproblem viel zu tiefgreifend und bedeutsam ist, als daß es so schlagwortartig behandelt werden darf, wie es in Deutschland von den Interessenten geschieht. Allerdings darf man kaum erwarten, daß der Interessenstandpunkt kurzsichtiger Tagesprofite von diesen Ueberlegungen der Hamburger Handelskammer viel lernen wird.

Deutsche Elektrizitätskonkurrenz im Ausland. Die günstige Lage der großen deutschen Elektrizitätskonzerne hat zu einer deutlich fühlbaren Ausdehnung ihrer ausländischen Geschäftstätigkeit geführt. Nachdem kürzlich vom AEG.-Konzern eine Kapitalerhöhung der Bank der elektrischen Werte zur Forcierung des ausländischen Konzessionsgeschäftes durchgeführt und seine tschechoslowakischen Interessen ausgebaut worden sind, wird jetzt auch von der Siemens u. Halske-A.-G. ein weiterer Ausbau des technischen Geschäfts gemeldet. Die bisherige Kommanditgesellschaft Siemens u. Co. in Prag wird von den Berliner Muttergesellschaften erhebliche Mittel erhalten, um nach der Umstellung der Prager Tochtergesellschaft auf die Form der Aktiengesellschaft eine Ausdehnung des Geschäftes vorzunehmen. Der Berliner Siemens-Konzern wird sich über seine Prager Gesellschaft an weiteren tschechoslowakischen Unternehmungen beteiligen und in diesem Zusammenhang die Müglitzer Fabriken, die vor kurzem mit der Prager Siemens-Gesellschaft fusioniert wurden, ausbauen.

Sanierung der H. J. Eckert Maschinenfabrik. Die A.-G. H. J. Eckert ist eine der wenigen landwirtschaftlichen Maschinenfabriken von Bedeutung, die in Berlin ihren Sitz hat. Von dem 3,1 Millionen Mark betragenden Gesellschaftsvermögen befindet sich die Aktienmajorität in den Händen der ebenfalls landwirtschaftliche Maschinen herstellenden Th. Flöther Maschinenbau A.-G. in Gassen, mit der die Eckert-Maschinenfabrik in einer Betriebsgemeinschaft steht. Die Eckert-Gesellschaft schließt ihre Bilanz per 30. Dezember 1926 mit einem Verlust von 1,46 Millionen Mark. Dieser Verlust wird in dem Geschäftsbericht zurückgeführt auf den Absatzmangel für landwirtschaftliche Maschinen in Deutschland, denen keine Möglichkeit des Exports gegenüberstand, teils weil die deutsche Landwirtschaftsmaschinenindustrie mit den Angeboten der Länder lateinischer Valuten nicht konkurrieren konnte, teils, weil in verschiedenen wichtigen fremden Agrargebieten auch Depressionen zu verzeichnen sind. (Randstaaten und Balkanstaaten.) Zum Mindesten erfolgte die Rohstofflieferung außerdeutscher Erzeuger von Landmaschinen und Geräten zu billigeren Preisen, so daß vielfach die fremde Landmaschinenerzeugung auf den ausländischen Märkten dominieren konnte. Dazu kam noch als Erschwerung die langfristige Zielgewährung der außerdeutschen Landmaschinenindustrie. Rußland stellt bei seinen Bedarfsdeckungen in Deutschland Anforderungen qualitativer Art an die Belieferer, wie sie in derartigem Umfange aus früheren Zeiten ungewohnt seien. Um im Wettbewerb auf der Höhe zu sein, wurden größere Umstellungen in den Betrieben und Fabrikationsmethoden vorgenommen, die vor allem dem Zwecke dienen sollen, die Fabrikation auf Serienherstellung im Gleitverfahren neu einzurichten. Der Verlust wird durch Auflösung der Rücklage in Höhe von 310 000 M. sowie durch Zusammenlegung des Aktienkapitals auf 1 550 000 M., d. i. die Hälfte, gedeckt. Zurzeit liegen Aufträge vor, die für einige Monate die Beschäftigung des Werkes sicher stellen.

Russischer Kesselauftrag für die deutsche Industrie. Die Kesselfabrik Dürrwerke A.-G., Düsseldorf-Ratingen, hat von der Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion einen Auftrag auf 25 Dampfkessel mit Zubehör im Werte von zirka 2½ Millionen Mark erhalten. Die Kessel sind sämtlich für die südrussische Berg- und Hüttenindustrie bestimmt und wurden auf Grund der 300-Millionen-Ausfallgarantie mit vierjähriger Kreditfrist bestellt.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ekkert; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft
eingeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Dörffler
WÜRSTCHEN * BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten günstig u. Mtz. Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür

Arbeiter, Angestellte und Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Auskunft erteilt bzw. Material versendet kostenlos die Rechnungsstelle in Berlin S 42, Ritterstr. 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Ratten und Mäuse
werden total ausgerottet, wenn Sie unser anerkanntes und totsicher wirkendes Nagertötungsmittel „ROTSALZ" verwenden. Viele Anerkennungen, Nachbestellungen und Weiterempfehlungen größter Firmen und Behörden beweisen verblüffende Wirkung.
So schreibt u. a. die Vereinigte Seifenwerke A.-G., Krefeld: Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß die bisherigen Versuche in zwei unserer Fabriken günstig ausgefallen sind und nachhaltige Wirkung gezeitigt haben. Wir bitten uns zu senden:
Rotsalz gegen Ratten und Mäuse
Grünsalz gegen schädl. Insekten
sind absolut sicher wirkende Tötungsmittel, unbegrenzt haltbar, von den Schädlingen gern genommen.
Rot- und Grünsalz kostet:
1/2-Pfd-Päckchen 2,10 M., 1 Pfd. 3,60 M., 2 Pfd. 6,60 M., 6 Pfd. 18,60 M., 10 Pfd. 30,00 M.
Ausführliche Prospekte kostenlos. — Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung auf Postscheckkonto Berlin 24633, bei Voreinsendung portofreie Lieferung
Chemisch-technische Gesellschaft
von Malottki & Co.
Berlin NW 40, Reichstagsufer 1

Grippe Graifix Schutz und Hilfe sofort durch nicht fettende Einreibung M. 1.50
Laboratorium Graichen,
Leipzig, Roßstraße 12.

Deutscher Republikaner-Reichsbund
Ortsgruppe Berlin
der Sammelpunkt der demokratisch und sozial eingestellten Republikaner
Anmeldungen nimmt entgegen und Auskunft erteilt der ehrenamtliche Geschäftsführer
Bürgermeister Paul Hesslein
Berlin-Lichterfelde-West
Hortensienstraße 49.
Telephon: Breitenbach Nr. 0692